

Interview: Philipp Bovermann und Wolfgang Janisch

Die liberale Demokratie hat derzeit keinen leichten Stand. Nicht zuletzt die jüngsten Wahlerfolge rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien beruhen zu einem guten Teil darauf, dass das Liberale an der liberalen Demokratie offenbar zunehmend vielen Bürgerinnen und Bürgern eher als Mangel denn als Gewinn erscheint. Um eines der zentralen Elemente der liberalen Demokratie, die unabhängige Verfassungsgerichtsbarkeit, besser zu schützen, hat in den USA Präsident Biden gerade weitreichende Reformvorschläge gemacht. In der SZ äußerte dagegen jüngst der Politologe Philip Manow von der Universität Siegen Zweifel an der Ansicht, die liberale Demokratie als eine Art demokratischen Idealzustand zu betrachten. Sie neigt dazu, Entscheidungen über Gerichte und Verfassungsgerichte herbeizuführen statt über Wahlen und Mehrheiten. Das wiederum empört den Philosophen und ehemaligen SPD-Kulturstaaatsminister Julian Nida-Rümelin.



Julian Nida-Rümelin war Kulturstaaatsminister in der ersten rot-grünen Bundesregierung. FOTO: DIANE VON SCHOEN

SZ: Herr Nida-Rümelin, Sie halten es für einen schweren Fehler, für die sogenannte elektorale Demokratie zu argumentieren, die dem Mehrheitsprinzip mehr Gewicht gibt. Das Mehrheitsprinzip ist aber doch ein urdemokratisches. Was ist Ihr Problem damit? Julian Nida-Rümelin: Dass eine Demokratie in eine Diktatur der Mehrheit über die Minderheit umschlagen kann, wenn das Mehrheitsprinzip alles andere dominiert. Eine Diktatur der Mehrheit dürfen wir unter keinen Umständen zulassen. Das Liberale an der liberalen Demokratie ist für Sie entsprechend der Minderheitenschutz?

Genauer der Umstand, dass Individual- und Minderheitenrechte nicht gegen das Recht der Mehrheit, Entscheidungen zu treffen, ausgespielt werden. Ohne die Garantie individueller Rechte, über die das unabhängige Verfassungsgericht wacht, gibt es nämlich im Zweifel ganz schnell gar keine echte Demokratie mehr, auch keine elektorale.

Sie denken vom Ernstfall her. Natürlich. Wenn bestimmte Menschen ihr Leben nicht nach ihren eigenen Vorstellungen leben und im schlimmsten Fall sogar unterdrückt und verkräpelt werden können, dann ist eine Ordnung illegitim. Auch dann, wenn die Mehrheit jeweils ihren Willen durchsetzt.

Der Kritik an der liberalen Demokratie setzen Sie damit ein profundes Misstrauen gegenüber der Mehrheit entgegen. Ja, weil elektorale Demokratie letztlich bedeutet, dass es eine Art Mehrheitsdiktatur auf Zeit gibt. In unglücklichsten Fall führt das alle vier oder acht Jahre zu einer demokratischen Revolution, die alles auf den Kopf stellt. Das ist durch das Auseinanderdriften der beiden großen Parteien gerade die Tendenz in den USA. Die politikwissenschaftliche These, wonach Systeme der Mehrheitswahl zu einem Zusammenrücken in der politischen Mitte führen, ist empirisch wiederlegt. Wir brauchen deshalb Regeln, die ein Zusammenrücken in der Mitte erzwingen.

Das ist der Konflikt des Rechts mit der Mehrheit natürlich programmiert. Ist das nicht ein Problem? Nein, wir haben ja auch nicht einfach eine Demokratie, sondern aus den genannten Gründen des Minderheitenschutzes einen demokratischen Rechtsstaat. Davon unterscheiden muss man allerdings die Frage nach der schwindenden Gestaltungskraft demokratischer Staaten. In Wahlkämpfen werden große Veränderungen versprochen, die sich dann als schwierig erweisen – wegen internationaler Verträge, wegen wirtschaftlicher Verflechtungen oder weil der nationale Spielraum durch die EU begrenzt wird. Daraus entsteht der Eindruck, dass alles woanders längst entschieden ist und die demokratische Wahl wirkungslos. Dieses Problem nehme ich sehr ernst.

In welchem Bereich erscheint Ihnen das am problematischsten? Nehmen wir die Migrationspolitik. Oft wird behauptet, hier könne man wegen europäischer Vorschriften oder der Genfer Flüchtlingskonvention nichts ändern. Ich bin kein Experte dafür, ob das nun im Einzelfall stimmt oder nicht, aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht die Handlungsspielräume so weit verengen, dass am Ende die politische Praxis die ökonomische und rechtliche Praxis nur noch begleitet. Da bringt sich die liberale Demokratie in der Tat in Gefahr.

Der Politikwissenschaftler Philip Manow ist der Ansicht, dass Verengung politischer Spielräume den Populismus befördert oder sogar erst hervorgebracht hat. Stimmen Sie ihm zu? Der Hauptgrund für den Populismus in Europa ist, dass einige politische Großbaustellen nicht abgeräumt wurden. Die sogenannte Flüchtlingskrise der Jahre 2015 und 2016 und die Aussage der Bundeskanzlerin, im 21. Jahrhundert könne man Grenzen nicht mehr sichern, haben die Menschen in Deutschland zutiefst verunsichert. Erst durch einen problematischen

Pakt mit der Türkei brachte man die Dinge halbwegs unter Kontrolle. Nach der europäischen Arbeitsteilung wäre die Sicherung der Grenzen Aufgabe der Europäischen Union, aber lange Zeit ist nichts geschehen. Das verärgert die Leute. Insbesondere seit klar ist, dass die Botschaft „Ihr seid willkommen“ in einer Welt extremer Ungleichheit und Armut Bewegungen auslöst, die wir nicht verkraften. Machen es andere Länder vielleicht besser? Schauen Sie nach Dänemark. Dänemark hat eine sozialdemokratisch geführte Regierung, die eher links ist. Sie hat eine inhaltlich äußerst restriktive, aber gerade noch mit den europäischen Gesetzen verträgliche Migrationspolitik durchgesetzt, zur gleichen Zeit aber auch eine überzeugende Integrationspolitik denjenigen gegenüber betrieben, die schon dort sind. Die Folge ist, dass der Rechtspopulismus in Dänemark politisch keine Rolle spielt. Das dänische Beispiel widerlegt Ihrer Ansicht nach also die These von den verengten politischen Spielräumen?

„Eine Diktatur der Mehrheit dürfen wir niemals zulassen“

Der Philosoph Julian Nida-Rümelin über die Probleme der liberalen Demokratie, die Lüge von der Machtlosigkeit der Politik – und ein Grundprinzip, das unbedingt bewahrt werden muss.



Garant individueller Grundrechte: Die Richterinnen und Richter des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts bei der Urteilsverkündung über die Wahlrechtsreform der Ampelkoalition Ende Juli. FOTO: ULI DECK/DPA

schaftsfreiheit verbieten sich. Gesinnungsprüfungen gehen gar nicht. Es ist immer die Kunst selbst, die qualifiziert – und nicht, welcher politischen Meinung der eine oder die andere ist.

Immer wieder ist die These zu hören, man müsste die AfD nur einmal mitregieren lassen, dann würde ihre Antihaltung zerbröseln und sich schon alles wie von selbst regulieren. Glauben Sie das auch?

Im Italienischen gibt es den Begriff des „arco costituzionale“, damit ist der Bogen der Verfassung gemeint, unter dem sich die demokratische Teil der Politik versammelt. Silvio Berlusconi war innerhalb des „arco costituzionale“. Giorgia Meloni ist es nicht mehr, auch wenn man sie sich schönredet. Sie mag eine sympathische Frau sein und nur als konservativ gelten, aber sie kommt eben doch aus dem Neofaschismus. Die Verfassungsschutzämter haben die AfD in drei Bundesländern als gesichert rechtsextrem eingestuft. Das heißt, es gibt dafür Belege. Deshalb gehören diese Landesverbände auch verboten. Es darf nicht sein, dass sie das Parteienprivileg des Grundgesetzes in Anspruch nehmen und Steuermittel für ihre Aktivitäten bekommen, mit denen sie daran arbeiten, das Grundgesetz abzuschaffen.

Was tun Rechtspopulisten, wenn sie die Regierungsmacht bekommen? Als Erstes schränken sie die Pressefreiheit ein.

Was ist mit den Landesverbänden, die nicht als gesichert rechtsextrem eingestuft werden?

Die Wählerschaft der AfD ist nach ziemlich stabilen Studien zu zwei Dritteln nicht rechtsextrem. Deshalb ist es nicht sinnvoll, AfD-Wähler pauschal als Nazis zu beschimpfen. Ich halte es für falsch, wenn sich Politikerinnen demokratischer Parteien weigern, mit einem AfD-Kandidaten auf demselben Podium zu sitzen. Das stärkt diese Parteien nur. Aber mit Neonazis diskutiere ich auch nicht, außer es geht um ein therapeutisches Gespräch. Ist die These, dass die Rechten ihre Attraktivität verlieren, sobald sie an der Macht sind, mittlerweile nicht ohnehin schon widerlegt?

Es scheint mir so. Was tun Rechtspopulisten, wenn sie die Regierungsmacht bekommen? Als Erstes schränken sie die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit ein. Sie greifen in die Medien ein, ins Fernsehen – in Italien zum Beispiel. Der zweite Schritt ist die Schwächung der Judikative und insbesondere der Verfassungsgerichte. Es ist immer dasselbe Muster. Auch Trump hat das oberste Gericht in den USA in einer üblen einseitigen Form politisiert. Ich habe nicht die Hoffnung, diese Parteien könnten sich demokratisch domestizieren lassen. Deswegen sind Brandmauern Voraussetzung dafür, dass wir nicht einen schleichenden Demokratieverfall erleben müssen. Das Vertrauen, eine Mehrheit werde diese Rechten schon irgendwie absichern, weil sie selbst in die Minderheit geraten könnte – dieses Vertrauen halten Sie für naiv?

Ja, dieses Vertrauen ist naiv. Allein die Möglichkeit, dass es enttäuscht werden kann, sollte uns davon abhalten, einfach nur zu vertrauen. Denn vielleicht gibt es dann kein Zurück mehr.